

# LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz  
161 · Ausgabe CH · März 2016  
AZB 3001 Bern



**REFUGEEES  
WELCOME**

## «Das Boot ist nicht voll»

Die Schweizer Bevölkerung könne sehr offen und generös sein, wenn es darum geht, bedrohten Menschen Schutz zu bieten, sagt Christian Levrat. Seiten 2 und 3

### ABSTIMMUNGEN

Die Durchsetzungsinitiative ist gebodigt. Doch schon im Juni gilt es, mit einem Ja zum Asylgesetz die SVP mit ihrer Verhinderungspolitik erneut in die Schranken zu weisen. Seiten 4 und 5

### SP-ANTENNEN

Zur SP International gehören fünf sogenannte SP-Antennen in Belgien, Deutschland, Frankreich, Israel und Italien – wir stellen sie vor. Seite 17

# «Die Schweiz muss sich für eine europäische Lösung starkmachen»

**AUFGRUND DER ZAHLREICHEN KRIEGS- UND KRISENHERDE IM NAHEN OSTEN UND IN AFRIKA DÜRFTE DIE FLÜCHTLINGS-SITUATION AUCH DIESES JAHR ANGESpanNT BLEIBEN. CHRISTIAN LEVRAT ÜBER DIE ASYLGESETZREVISION VON BUNDESRÄTIN SIMONETTA SOMMARUGA, KRIEGSMATERIALEXPORTE UND DIE FLÜCHTLINGSPOLITIK DER EU.**

Interview:  
Ladina Triaca

Christian, du warst während des Kosovo-Kriegs selber im Flüchtlingswesen tätig. Was ist dir aus dieser ausserordentlichen Zeit geblieben?

Ich war während gut zehn Jahren im Flüchtlingswesen tätig, unter anderem als Leiter des Rechtsdiensts der Flüchtlingshilfe während des Kosovo-Kriegs. Vor allem die Auseinandersetzungen mit der damaligen Bundesrätin Ruth Metzler sind mir noch sehr präsent. Wir kämpften damals für eine Öffnung der Grenze, um auch den Frauen und Kindern der kosovo-albanischen Gastarbeiter ein Leben in der Schweiz zu ermöglichen. Nach wochenlangen Verhandlungen gelang es uns schliesslich, das damalige Bundesamt für Flüchtlinge zu überzeugen, einen vereinfachten Familiennachzug zu ermöglichen.

Ist die damalige Situation mit der heutigen vergleichbar?

Die Umstände sind nie genau dieselben. Dennoch lassen sich gewisse Parallelen ziehen. So zeigte sich bereits damals, dass die Schweizer Bevölkerung sehr offen und generös sein kann, wenn es darum geht, bedrohten Menschen Schutz zu bieten. Sinnbildlich dafür ist für mich das Bild des toten Aylan, das die Menschen in der Schweiz tief berührt und eine Welle der Solidarität ausgelöst hat. Aber natürlich gab es damals wie heute auch unschöne Momente. Hier kommen mir die Ereignisse von Köln in den Sinn. Vor beiden Realitäten dürfen wir die Augen nicht verschliessen.

Allein 2015 wurden in der Schweiz 40 000 Asylgesuche gestellt. Diese Zahl dürfte im 2016 kaum zurückgehen. Sind Bund und Kantone in der Lage, die aussergewöhnliche Situation zu bewältigen?

Rein logistisch stellt die Platzierung der Asylsuchenden kein Problem dar. Bund und Kantone sind auf die Unterbringung von bis zu 70 000 Personen vorbereitet. Die Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung ist eine andere Frage. Ich habe den Eindruck, dass das Boot nicht voll ist – weder real noch in den Köpfen der Menschen. Ich bin aber auch der Meinung, dass wir die Schwierigkeiten, die die Flüchtlingskrise mit sich bringt, nicht unterschätzen dürfen.

Der ehemalige Preisüberwacher und SP-Nationalrat Rudolf Strahm sagte kürzlich in einem Interview, die Schweiz habe vor allem ein Problem bei der Integration von Flüchtlingen. Er fordert Arbeit statt Sozialhilfe. Wie siehst du das?

Ich bin mit Ruedi Strahm darin einig, dass wir die aufgenommenen Menschen möglichst rasch in den Arbeitsmarkt integrieren müssen. Diese Erkenntnis alleine reicht jedoch noch nicht aus. Wir müssen Massnahmen aufgleisen, die die Integration von Flüchtlingen auch tatsächlich erleichtern. Das sind etwa Sprachkurse, Praktika in Unternehmen und es betrifft die Arbeit von Bund und Kantonen wie auch die zahlreichen kleinen Solidaritätsgesten seitens der Bevölkerung.

Ein weiteres wichtiges Projekt im Bereich Asyl ist die geplante Asylgesetzrevision von Bundesrätin Simonetta Sommaruga. Mit der Neustrukturierung des Asylbereichs sollen die Asylverfahren beschleunigt werden. Weshalb ist das so wichtig? Gemeinsam mit Mario Gattiker, dem Chef des Staatssekretariats für Migration, kämpfe ich seit fünfzehn Jahren für diese Revision. Wir waren bereits früh der Meinung, dass der Rechtsschutz für Asylsuchende ausgebaut werden muss. Damit gewährleisten wir auf der einen Seite, dass während des Asylverfahrens keine Fehler geschehen – denn Fehler in diesem Bereich können tödliche Folgen haben. Auf der anderen Seite trägt ein ausgebauter Rechtsschutz wesentlich zur Beschleunigung der Asylverfahren bei. Von schnelleren Verfahren profitieren letztendlich alle: die Asylsuchenden, weil sie früh Gewissheit haben, ob sie in der Schweiz bleiben dürfen oder nicht, und die Gesellschaft, weil wir die Menschen nach ihrer Aufnahme rasch und gezielt in den Arbeitsmarkt integrieren können.

Auch die SVP hat stets raschere Verfahren gefordert. Trotzdem hat die Partei nun das Referendum ergriffen. Wie erklärst du dir dieses Vorgehen?

Es ist fast schon historisch, dass die SP, die CVP und die FDP gemeinsam eine Strategie zur Verbesserung des Asylgesetzes entwickelt haben. Dass die SVP nun das Referendum ergreift, ist absolut absurd. Dieses Verhalten zeigt einmal mehr, dass es der SVP nicht darum geht, Probleme zu lösen, sondern sie zu bewirtschaften. Im Gegensatz zur SVP organisieren wir unseren Wahlkampf nicht rund um das Elend der Flüchtlinge, sondern wir versuchen, die Probleme zu benennen und konkrete Lösungen vorzuschlagen. Simonetta Sommaruga und unsere Leute in den Kantonen machen hier einen hervorragenden Job.

Ebenfalls als Reaktion auf die Flüchtlingskrise wurde in den letzten Monaten von links bis rechts ein Ausbau der Hilfe vor



«Von schnelleren Asylverfahren profitieren letztendlich alle», sagt Christian Levrat.

Ort gefordert. Trotzdem hat das Parlament beschlossen, die Ausgaben für die Entwicklungshilfe im Budget 2016 um rund 100 Millionen Franken zu kürzen. Wie erklärst du dir das?

Heuchlerischer geht es wirklich nicht mehr! Und es kommt noch schlimmer: Das Parlament hat neben den Kürzungen im Budget 2016 beschlossen, die Ausgaben für die Entwicklungshilfe in den nächsten Jahren um rund 600 Millionen zu senken. Und in der Finanzkommission ist ein Antrag durchgekommen, der faktisch eine Halbierung der Entwicklungshilfe verlangt. Das haben wir nun von der bürgerlichen Politik: Auf der einen Seite werden durch den Bau einer zweiten Gotthardröhre riesige Kosten verursacht, auf der anderen Seite werden mit der Unternehmenssteuerreform III die Steuern um mehrere Milliarden gesenkt. Dies führt unweigerlich zu so absurden Sparmassnahmen. Und vergessen wir nicht: Hinter diesen 600 Millionen, die in der Entwicklungshilfe gespart werden, stehen allesamt Projekte, die unmittelbar mit der Asylproblematik verbunden sind.

Auch die Kriegsmaterialexporte in Länder des Nahen Ostens werden zunehmend kontroverser diskutiert. Stellst du im Bundesrat ein Umdenken fest, wieder restriktiver zu sein, oder setzen sich am Ende wieder die Interessen der Schweizer Rüstungsindustrie durch?

Dies ist ein Thema, das mich immer wieder unglaublich wütend macht. Es gibt schlicht keine Rechtfertigung für Kriegsmaterialexporte in Krisengebiete. Während es im Nahen Osten

kaum ein Land gibt, das nicht in den Syrien-Konflikt involviert ist, geht es Bundesrat Schneider-Ammann ausschliesslich um den Profit der Mowag [Schweizer Herstellerin von Panzerfahrzeugen, Teil von General Dynamics, einem der weltweit grössten Rüstungskonzerne, Anm. d. Red.]. Zurzeit wird er von der Mehrheit des Bundesrates zwar noch gebremst, aber ich bin nicht allzu optimistisch, dass das noch lange so bleibt ...

Die Schweiz kann die Herausforderungen im Asylbereich nicht alleine bewältigen. Die EU macht derzeit allerdings einen schlechten Eindruck: Eine solidarische Verteilung der Flüchtlinge scheint immer noch in weiter Ferne ...

In der EU gibt es momentan zwei Lager, die sich frontal gegenüberstehen: Auf der einen Seite Italien, Deutschland und Griechenland, die darauf pochen, dass eine europäische Lösung gefunden, Schengen aufrechterhalten und Dublin erneuert wird. Auf der anderen Seite all diejenigen Länder, die vergessen haben, dass sie sich einmal für eine gemeinsame Asylpolitik entschieden haben. Gerade das Verhalten von Österreich ist skandalös. Die Schweiz muss sich hier ganz klar an der Seite von Merkel und Renzi für eine europäische Lösung – basierend auf der Registrierung der Asylsuchenden in den Erstaufnahmeländern und einer anschliessenden Verteilung innerhalb Europas – starkmachen. Denn eins ist klar: Wenn Europa nicht fähig ist, in den nächsten Monaten eine gemeinsame Lösung zu finden, dann droht die Situation definitiv zu eskalieren.

# Ein historischer Sieg

**DAS NEIN ZUR DURCHSETZUNGSINITIATIVE IST EIN SIEG GEGEN DEN TOTALEN MACHTANSPRUCH DER SVP. EIN RÜCKBLICK AUF DIE ABSTIMMUNGEN VOM 28. FEBRUAR.**

Die «Durchsetzungsinitiative» der SVP ist deutlich gescheitert! An ein solches Resultat haben vor einigen Monaten nur wenige geglaubt, doch zum Glück ging ein Ruck durch die Reihen. Viele PolitikerInnen, Rechtsprofessorinnen, Hausärzte, Kulturschaffende und sogar Sportler haben sich engagiert und klargemacht, dass sie Rechtsstaat, Minderheitenschutz und Menschlichkeit gegenüber Fremdenfeindlichkeit und dem totalen Machtanspruch einer einzelnen Partei zu verteidigen bereit sind. Die SVP wurde gebodigt. Dank Zehntausenden, die für ein Nein mobilisierten, was zu einer hohen Stimmeteiligung geführt hat. Die SP wird nun alles daransetzen, dass die breite Allianz, die sich im Abstimmungskampf formiert hat, den Schwung mitnehmen kann. Bereits im Juni kann der Rechtsstaat mit einem Ja zum Asylgesetz weiter gestärkt werden.

## **Bekennnis zu fairer Besteuerung**

Es war eine Zitterpartie: Mit 50,8 Prozent konnten wir den Meinungsstreit über die CVP-Initiative für uns entscheiden. Dank einer breiten überparteilichen Allianz unter Führung von SP und FDP flog die CVP-Ehe-Initiative als 2,3 Milliarden Franken teure Moglepackung auf und wurde abgelehnt.

Nebst dem Steuergeschenk an wenige reiche Ehepaare hätte sie die Ehe als Verbindung zwischen Frau und Mann in der Verfassung festgeschrieben. Wir wissen nun, dass diese veraltete Ehe-Definition dazu geführt hat, dass die Initiative dank vielen Stimmen junger Menschen versenkt werden konnte. Die SP wird die Ehe für alle politisch vorantreiben. Die Benachteiligung einiger verheirateter Paare kann ausserdem mit der Einführung der Individualbesteuerung beseitigt werden. Auch hier ist ein Vorstoss der SP hängig, der vom Bundesrat verlangt, Umsetzungsvarianten vorzulegen.

## **Gotthard: Wort halten**

Die deutliche Zustimmung zum Bau der zweiten Gotthardröhre hat uns enttäuscht. Schwer nachzuvollziehen, dass sich die Schweiz eine derart teure, unsinnige Variante leistet, die zur Sanierung eines Tunnels einen zweiten Tunnel vorsieht. Positiv an der ganzen Kampagne war, dass die Verlagerungspolitik – Lastwagen auf die Schiene – plötzlich bis ganz rechts mitgetragen wird. Es ist nun unsere Aufgabe, die Befürworter der zweiten Röhre auf ihre Versprechen in Bezug auf das Verlagerungsziel, den Alpenschutz sowie den Betrieb der beiden Röhren zu



## DIE NÄCHSTEN ABSTIMMUNGEN STEHEN

Am 5. Juni wird über drei Initiativen und zwei Referenden abgestimmt. Die Parolen der SP werden an der Delegiertenversammlung vom 16. April in La Chaux-de-Fonds gefasst.

### **Initiative «Pro Service public»**

Die von verschiedenen Konsumentenzeitschriften lancierte Initiative verlangt, dass bundesnahe Unternehmen in der Grundversorgung keine Gewinne erzielen und keine Quersubventionierungen mehr vornehmen dürfen. Im Weiteren fordert sie, dass die Löhne aller Stufen denjenigen der Bundesverwaltung angeglichen werden. Bei einer Annahme der Initiative drohen Leistungs- und Serviceabbau, mangelnder Unterhalt mit entsprechenden Folgekosten sowie Druck auf Arbeitsbedingungen und Löhne. Der Bundeskasse und den Kantonen würden substantielle Mittel entzogen, die

neue Sparprogramme nötig machen. Die Initiative wurde im Nationalrat mit 196 zu 0 und im Ständerat mit 43 zu 0 Stimmen abgelehnt.

### **«Milchkuh-Initiative»**

Heute fliessen die Einnahmen aus der Mineralölsteuer zur einen Hälfte in den Strassenverkehr, die andere Hälfte alimentiert den allgemeinen Bundeshaushalt. Auf diesen Anteil zielt die Initiative «für eine faire Verkehrsfinanzierung». Sie will die Einnahmen aus dem Strassenverkehr vollumfänglich in die Strasseninfrastruktur umlenken. Dem Bundeshaushalt würden so jährlich etwa 1,5 Milliarden Franken entzogen, die in der Bildung und Forschung oder in der Entwicklungshilfe fehlen würden. Weiter will die Initiative jede Einführung oder Erhöhung von Steuern, Gebühren und Abgaben im Strassenverkehr dem fakultativen Referen-

dum unterstellen. Die Vorlage wurde im Nationalrat mit 123 zu 66, im Ständerat mit 32 zu 4 Stimmen abgelehnt. Die SP-Fraktion war geschlossen dagegen.

### **Initiative Grundeinkommen**

Die Initiative will in der Verfassung festhalten, dass alle in der Schweiz lebenden Menschen ein Grundeinkommen erhalten. Gemäss Initiativtext soll damit «der ganzen Bevölkerung ein menschenwürdiges Dasein und die Teilnahme am öffentlichen Leben» ermöglicht werden. Die Finanzierung und die Höhe des Grundeinkommens müssen per Gesetz geregelt werden; die Initiantinnen und Initianten schlagen für Erwachsene 2500 Franken pro Monat vor, für Kinder 625 Franken. Die Mehrheit der SP-Fraktion steht der Idee eines Grundeinkommens grundsätzlich wohlwollend gegenüber, lehnte



## Eine andere Schweiz ist möglich. Danke!

Der Schock sass tief. Das Ja zur Ausschaffungsinitiative 2010 und 2014 das Ja zur Masseneinwanderungsinitiative bescherten der rechtspopulistischen SVP eine Mehrheit in einem ihrer Kernthemen: dem Kampf gegen Ausländer. Halb resignativ nahmen wir darum Ende letzten Jahres zur Kenntnis, dass die Durchsetzungsinitiative mit 66 Prozent Zustimmung gestartet war. Kaum einer glaubte mehr an einen Sieg. Die Wirtschaftsverbände setzten ihr Geld lieber gegen die Initiative der Juso ein, die CVP war mit ihrer eigenen Initiative beschäftigt, SP und FDP versuchten mit den knappen Ressourcen das Bestmögliche zu machen. Die SP wurde kritisiert, dass sie der Millionenkampagne der SVP nicht genügend Mittel entgegensetzen konnte. Doch woher nehmen, wenn nicht stehlen? Das war 2015. Dann ging ein Ruck durch die Zivilgesellschaft. Komitees, Aufrufe und öffentliche Bekenntnisse schossen wie Pilze aus dem Boden. Grosse Beachtung fanden das Komitee von Hans Stöckli sowie der von Paul Rechsteiner initiierte «Dringende Aufruf». Bei meinem Coiffeur hing das Plakat von Alex Capus «Der Rechtsstaat ist in Gefahr», mein Hausarzt schrieb all seinen PatientInnen und bat uns, die DSI abzulehnen. Sogar unter den Sportlern, wo seit Alain Sutter politische Statements ausbleiben, fand sich ein Hockey(!)-Spieler, der intelligent und mutig hinstand, obwohl sein Club von SVP-Mäzenen gespeist wird. Das Engagement zeigte Wirkung! Die SVP wurde gebodigt. Dank Zehntausenden von Bürgerinnen und Bürgern, die für ein Nein mobilisierten. Dank unseren Mitgliedern, die über 1 Million Abstimmungszeitungen, dank der SP MigrantInnen, deren Mitglieder über 100 000 Flyer in 12 Sprachen verteilten. Dank Hans Stöckli und Paul Rechsteiner, die die Initialzündung für die breite Bewegung gaben. Sorgen wir nun dafür, dass die Bewegung anhält und wir die SVP bereits im Juni in einem ihrer Kernthemen wieder in die Schranken weisen können: Problembewirtschaftung und Kampf gegen Flüchtlinge. Mit der Revision des Asylgesetzes, die nur von der SVP bekämpft wird, werden die Asylverfahren beschleunigt und gleichzeitig der Rechtsschutz ausgebaut, wie es die SP seit Jahren fordert. Ein weiterer Sieg ist wichtig und möglich. Eine andere Schweiz ist möglich!

Flavia Wasserfallen, Co-Generalsekretärin der SP Schweiz



postmedien.ch

behaften. Eine Erhöhung der Kapazität ist inakzeptabel. Ausserdem erwarten wir von Bundesrätin Leuthard, dass sie sich genauso vehement, wie sie für die Gotthardröhre gekämpft hat, gegen die schädliche Milchkuh-Initiative wehrt, welche der Strasse mehr Mittel zugestehen und der Bundeskasse 1,5 Milliarden entziehen will. Dieses Geld würde in der Bildung, dem öV oder der Entwicklungshilfe fehlen.

### Sensationelles Ergebnis für Juso

Die Juso hat für ihre Spekulationsstopp-Initiative mit 40,1 Prozent fast gleich viele Ja-Stimmen geholt wie die SVP für die Durchsetzungsinitiative. Dieser Achtungserfolg zeigt, dass das Unbehagen über die Spekulation mit Nahrungsmitteln verbreitet ist, auch in bürgerlichen und landwirtschaftlichen Kreisen. Mit der Einführung der sogenannten Positionslimiten sollte zumindest die Einschränkung der Nahrungsmittelspekulation auf parlamentarischem Weg mehrheitsfähig werden. Vor der Abstimmung wurde stets betont: Der Kampf gegen Hunger ist unbestritten – selbst bei den Gegnerinnen und Gegnern. Kürzungen bei der Entwicklungshilfe wären darum nach diesem Ergebnis ein Hohn.

Flavia Wasserfallen

## VOR DER TÜR

die Initiative mit einigen Ausnahmen jedoch ab, auch weil sie als Vorwand zum Abbau des Sozialstaats missbraucht werden könnte.

### Referendum Fortpflanzungsmedizin-Gesetz

Mit dem Ja an der Urne ebneten die Stimmberechtigten im letzten Juni der bis dahin verbotenen Präimplantationsdiagnostik den Weg. Mit der Revision des Fortpflanzungsmedizingesetzes gilt es nun die Details zu regeln. Das Gesetz will, dass alle ausserhalb des Mutterleibs erzeugten Embryonen auf alle möglichen Gendefekte hin untersucht und selektioniert werden können. Pro Behandlungszyklus sollen zudem maximal zwölf Embryonen entwickelt werden. Für die Gesetzesanpassung spricht, dass bei Paaren, die Träger schwerer Erbkrankheiten sind, Embryonen, die keinen entsprechenden Gendefekt aufweisen, ausgewählt werden kön-

nen. Gegen die Vorlage spricht, dass es zu einer ethisch heiklen Unterscheidung von «wertem» und «unwertem» Leben kommen könnte. Die SP-Fraktion ist in der Frage gespalten.

### Referendum Asylgesetzrevision

Letzten September verabschiedete das Parlament eine Revision des Asylgesetzes, die SVP hat dagegen das Referendum ergriffen. Ziel der Revision ist eine Beschleunigung der Asylverfahren auf maximal 140 Tage, inklusive Beschwerden. Während der Dauer des Verfahrens sollen die Asylsuchenden in Bundeszentren untergebracht werden. Um trotz der kurzen Beschwerdefristen korrekte Verfahren garantieren zu können, soll allen Asylsuchenden eine kostenlose Rechtsvertretung zur Verfügung gestellt werden. Die Fraktion stimmte geschlossen für eine Annahme der Revision.



# Die Zeit läuft ...

**DAS ERSTE MASSNAHMENPAKET ZUR ENERGIESTRATEGIE 2050 ENTHÄLT WICHTIGE SCHRITTE ZUR VERBESSERUNG DES KLIMASCHUTZES. UM EINE MASSIVE KLIMAVERÄNDERUNG ZU VERHINDERN, WÄRE JEDOCH ETWAS MEHR TEMPO ANGESAGT.**

Als vor fünf Jahren das Atomkraftwerk Fukushima explodierte, war ich in den Ferien. Heute schreibe ich diese Zeilen im Hotel Grimsel Hospiz, mitten in einer wunderbaren schneebedeckten Landschaft. Ferienhafte Stimmung beim Sonnenaufgang begleitet mich. Und damals wie heute kommt mir der Gedanke ganz nah, was es eigentlich heissen würde, wenn ich innert 48 Stunden wegen eines Atomunfalls diese Landschaft verlassen müsste. Nicht mehr bewohnbar für immer. Das ist der Restrisiko-Gedanke, der in der Energiepolitik immer wieder verdrängt wird – auch in den Beratungen zur neuen Energiepolitik unter dem Begriff «Energiestrategie 2050».

Die Atomaufsichtsbehörde ENSI empfiehlt uns Politikerinnen und Politikern seit Monaten eine gesetzlich griffigere Formulierung für eine bessere Sicherheitsmarge bei alten AKWs. Eine politische Mehrheit dafür lässt sich im Parlament aber nach wie vor nicht finden.

### Die Richtung stimmt

Dennoch haben wir im ersten Massnahmenpaket zur Energiestrategie erste Schritte in die richtige Richtung getan. Es stehen mehr Mittel für den Ausbau der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien zur Verfügung. Wind, Sonne, Biomasse, Wasserkraft und Geothermie haben für die kommenden Jahre eine In-

**Eine Beschleunigung beim Umbau des Energiesystems wäre das Wichtigste.**

vestitionsperspektive. Ob die vom Parlament geschaffenen Rahmenbedingungen wirklich genügen, ist zwar fraglich, denn der Strommarkt spielt inzwischen etwas verrückt. Die Strompreise sind im Keller, alle fürchten die Tiefstpreise und zögern mit grossen Investitionsvorhaben. Daneben konnten wir aber bewährte Instrumente wie das Gebäudesanierungsprogramm und die Emissionsbegrenzung bei den Personenwagen bestätigen. Kurz: Die Richtung stimmt, aber die Fahrt wird kaum an Geschwindigkeit gewinnen.

Eine Beschleunigung beim Umbau des Energiesystems aber wäre das Wichtigste. Vor ein paar Monaten haben die Staaten an der Uno-Klimakonferenz in Paris deutlich gemacht, dass beim Klimaschutz mehr gemacht werden muss. Wir müssen in wenigen Jahren weg von Öl und Gas, damit eine massive Klimaveränderung abgewendet werden kann. Das lässt sich nicht mit einem Bummelzug erreichen, sondern braucht weitere starke Massnahmen. Energiepolitik ist die beste Klimaschutzpolitik, darum muss nach dem ersten Massnahmenpaket ein zweites Energie- und Klimapakete folgen.

### Die Vision: 100 Prozent erneuerbar

Die SP hat das erste Massnahmenpaket zur Energiestrategie 2050 massgeblich mitgeprägt. Wir haben erkannt, was eine Cleantech-Zukunft

für Arbeitsplätze, Klimaschutz und für eine nachhaltigere Wirtschaftsweise bringt. Wir haben uns entschieden, dass wir Investitionen für diese Zukunft ermöglichen wollen, und wir stellen uns gegen die Ideologien von gestern, die verheissen, mit Öl, Gas und Atom lasse sich die Zukunft gestalten. Der Gegengedanke zum beklemmenden Restrisiko-Gedanken in der Atomwirtschaft ist die Vision einer Lebensweise, die auf 100 Prozent erneuerbarer Energie beruht. Davon lassen wir uns leiten, wenn wir energiepolitische Rahmenbedingungen gestalten. Und dafür suchen wir Verbündete.

### Rechte ist konzeptlos

Die letzten Differenzen zum nun geschnürten Paket werden in der Frühjahrs- und in der Sommersession bereinigt. Ob es ein Referendum gibt, ist heute offen. Eines ist aber schon heute klar: Die Referendumsbefürworter von rechts sind ohne Konzept. Sie wissen nicht, wie sie Klimaschutz- und intelligente Wirtschaftspolitik verbinden wollen. Sie wissen nur, dass sie Nein sagen. Nach Fukushima und angesichts der Klimaerwärmung darf eine solche Idee keine Mehrheit finden. Nur eine Energiestrategie mit mehr Erneuerbaren und besserer Energieeffizienz befreit uns von beklemmenden Gedanken.

Eric Nussbaumer, Nationalrat BL

# Vier Wochen für alle

**AUCH WENN EIN VATERSCHAFTSURLAUB IN DER BEVÖLKERUNG EIN GROSSES BEDÜRFNIS IST, IM PARLAMENT IST ER NACH WIE VOR HÖCHST UMSTRITTEN. TRAVAIL.SUISSE WILL DESHALB DEM ANLIEGEN MIT EINER VOLKSINITIATIVE ZUM DURCHBRUCH VERHELFFEN.**

Der Vaterschaftsurlaub ist ein echtes Bedürfnis: 80 Prozent der Stimmberechtigten sind gemäss einer repräsentativen Umfrage von Travail.Suisse dafür, dass Väter nach der Geburt ihres Kindes einen gesetzlichen Anspruch auf einen bezahlten Vaterschaftsurlaub haben. Heute wird die Vaterschaft vom Gesetz gleich behandelt wie ein Wohnungsumzug: Im Rahmen der «üblichen freien Tage» wird dem frischgebackenen Vater eine Kurzabsenz von einem oder zwei Tagen gewährt. Das ist längst nicht mehr zeitgemäss. Travail.Suisse macht sich deshalb seit langem für einen Vaterschaftsurlaub stark. Das ist bei weitem noch nicht alles, was eine griffige Familienpolitik braucht, aber es ist ein Schritt in die richtige Richtung. Es ist – im Gegensatz zu den Diskussionen über die Elternzeit – vor allem ein erster konkreter Schritt. Zusammen mit Partnerorganisationen hat Travail.Suisse beschlossen, die Arbeiten zur Lancierung einer Volksinitiative an die Hand zu nehmen. Ziel ist, eine breite Allianz von Organisationen aus der Zivilgesellschaft zu vereinen und die Initiative im Mai 2016 zu lancieren.



Adrian Wüthrich, Präsident Travail.Suisse und SP-Grossrat des Kantons Bern

## Nutzen für Familien ...

Eine Mehrheit der Väter und Mütter ist heute der Ansicht, dass die Präsenz der Väter nach der Geburt eines Kindes unerlässlich ist für einen guten Start ins Familienleben. Die erste Zeit nach der Geburt ist anforderungsreich. Sie ist aber auch entscheidend dafür, dass eine gute Bindung zum Kind aufgebaut werden kann. Es braucht deshalb für beide Elternteile eine Auszeit vom Erwerbsleben.

## ... für Betriebe ...

Zahlreiche Unternehmen haben dem Bedürfnis bereits Rechnung getragen und von sich aus einen Vaterschaftsurlaub eingeführt. Allerdings sind es fast ausschliesslich grössere Unternehmen wie etwa die Swisscom, Helsana, Migros oder Mobility. Sie gewähren heute schon zehn bis zwanzig Tage Vaterschaftsurlaub auf Kosten des Arbeitgebers. Mit einer Lösung über die Erwerbsersatzordnung (EO) würden alle Erwerbstätigen und Arbeitgeber solidarisch den Vaterschaftsurlaub finanzieren, sodass dieser auch für KMUs und ihre Angestellten möglich würde.

## ... und für die Gesellschaft

Wenn Väter sich ab der Geburt in der Familienarbeit engagieren können, trägt dies viel zu stabilen und tragfähigen Beziehungen bei. Spüren die Mütter zudem vom ersten Tag an die Entlastung durch den Partner, sind sie eher bereit, nach der ersten Babyphase wieder in den Beruf einzusteigen. Damit trägt ein Vaterschaftsurlaub gleichzeitig zur Gleichstellung von Mann und Frau in der Familie wie auch zu einer volkswirtschaftlich sinnvollen Beteiligung der Mütter an der Erwerbsarbeit bei.

Der Bundesrat veranschlagt in seinem Bericht von 2013 die Kosten für einen vierwöchigen Vaterschaftsurlaub (28 Taggelder) auf rund 380 Millionen Franken. Das entspricht gut 0,1 Prozent der Lohnsumme in der Schweiz und wäre eine höchst vernünftige Investition in die Vater-Kind-Beziehung. Dass der Vaterschaftsurlaub wie der Mutterschaftsurlaub über die EO entschädigt werden soll, ist folgerichtig. Die EO kann diese zusätzliche Leistung gut verkraften – schliesslich wird die Armee verkleinert, was eine Minderbelastung zur Folge hat.



Eine Mehrheit von Müttern und Vätern will einen Vaterschaftsurlaub, der diese Bezeichnung auch verdient.



# Jetzt Datum reservieren!

**ZUM DRITTEN MAL FINDET ANFANG AUGUST DIE SOMMERUNI STATT, DIE DAS WALLISER DORF CHANDOLIN JEWELS ZUM TREFFPUNKT DER SCHWEIZER SOZIALDEMOKRATIE MACHT.**

«Mit Blick auf die Walliser Berggipfel lässt sich besser diskutieren als im Alltagsstress von Bern und Basel», sagte Beat Jans nach seinem letztjährigen Besuch an der Sommeruni in Chandolin. Auch dieses Jahr treffen sich vom 4. bis zum 7. August Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus allen Landesteilen, um gemeinsam über Themen aus Politik und Gesellschaft, aber auch über handwerkliche Aspekte zu diskutieren. Bereits zugesagt haben Bundesrätin Simonetta Sommaruga, Fraktionschef Roger Nordmann und weitere SP-Nationalrätinnen und -Nationalräte sowie verschiedene Expertinnen und Experten. Der Austausch mit Genossinnen und Genossen aus der ganzen

SAVE  
THE  
DATE  
4.-7.8.

Schweiz bietet die einmalige Möglichkeit, sich zu vernetzen und von den Erfahrungen und Ideen anderer zu profitieren. Neben den täglichen Workshops kommt auch der gesellschaftliche Teil nicht zu kurz. Die Sommeruni richtet sich in erster Linie an aktive Parteimitglieder. Das genaue Programm ist ab dem 18. April abrufbar unter [www.spschweiz.ch/sommeruni](http://www.spschweiz.ch/sommeruni).

#### Das Wichtigste in Kürze

■ Das Grand Hôtel Chandolin ist ein schönes und grosszügiges Gruppenhaus mit sauberem, aber einfachem Standard. Es hat vorwiegend 2er- bis 4er-Zimmer.

■ Familien und Kinder sind herzlich willkommen. Am Freitag und

Samstag bieten wir eine Kinderbetreuung für Kinder ab 3 Jahren an.

■ Die Kosten pro erwachsene Person betragen für Normalverdienende 250 Franken, pro Kind 100 Franken. Im Preis enthalten sind Frühstück, Mittagessen und Abendessen, Weiterbildung, Kinderbetreuung und Freizeitprogramm. Nicht eingeschlossen sind die Reisekosten sowie weitere Konsumation. Für Wenigverdienende betragen die Kosten 150 Franken.

■ Das Haus, die Zimmer und die sanitären Anlagen sind leider nicht behindertengerecht. Es gibt jedoch einen Lift und mit entsprechender Hilfe sollte ein Aufenthalt auch für Menschen mit einer Behinderung realisierbar sein.

## 100 JAHRE KIENTALER FRIEDENSKONFERENZ

Vom 22. bis 24. April finden in Bern und Kiental verschiedene Veranstaltungen zum 100-Jahr-Jubiläum der Kientaler Friedenskonferenz statt. Organisiert werden die Veranstaltungen von der Robert-Grimm-Gesellschaft. Der Besuch der Veranstaltungen ist kostenlos. Interessierte können sich bei Monika Wicki bis am 1. April anmelden:

[wickimonika@gmail.com](mailto:wickimonika@gmail.com)

Programm unter [www.robertgrimm.ch](http://www.robertgrimm.ch)





# Mediale Gleichgültigkeit und linke Verantwortung

**WIE DIE MEDIALE BERICHTERSTATTUNG WÄHREND DEN WAHLEN 2015 ZEIGT, WIRD GLEICHSTELLUNG IN DER POLITIK NUR NOCH AM RAND THEMATISIERT UND OFT AUF DIE STATISTISCHE VERTRETUNG IN DEN POLITISCHEN GREMIEN REDUZIERT. EIN PLÄDOYER FÜR EIN UMFASSENDEES VERSTÄNDNIS VON POLITISCHER TEILHABE.**

Vor und nach den Wahlen 2015 wurde in den Medien auffallend wenig über Gleichstellung in der Politik berichtet. Und wenn, dann wurden die Frauen oft als Gruppe mit Defiziten dargestellt, die es schwer hätte, sich im politischen Umfeld zu behaupten. Ein Rückgang der Anzahl Frauen im Nationalrat wurde erwartet. Worte wie Macht oder gar Diskriminierung wurden tunlichst vermieden. Vielmehr wurde suggeriert, dass es an den Frauen selbst liege: Fehlendes Interesse, keine Zeit wegen Beruf und Familie – und weil Politik angeblich immer rauer werde, habe frau keine Lust auf oder gar Angst vor der politischen Konfrontation.

Tatsächlich beträgt der Frauenanteil im Nationalrat neu 32 % (+3,5 %). Die SP wird gar von einer Frauenmehrheit vertreten: 25 der 43 Sitze (58 %) sind von Frauen besetzt. Der Frauenanteil im Ständerat dagegen liegt neu bei tiefen 15,2 % (–4,4 %, SP 4 von 12). Und noch weniger thematisiert: Im Bundesrat wurde eine Frau durch einen Mann ersetzt. Jetzt, wo der Frauenanteil im Nationalrat mit 32 % «so hoch wie noch nie» ist, gehen alle wieder zur Tagesordnung über. Es braucht schon extreme Verhältnisse, damit Gleichstellung wieder ein Thema wird. Oder doch nicht? Die reinen Männerregierungen in Luzern und im Tessin haben die Debatte nicht wirklich belebt. Anscheinend gibt es eine gefühlte Normalität, in welcher linke Parteien für den Frauenanteil in politischen Gremien zuständig sind. Woher kommt das?

Bekanntlich ist die Schweiz in Sachen politische Frauenrechte eine Spätzüglerin. Da die Idee, dass politische Partizipation ein Grundrecht ist und selbstverständlich auch die Frauen einschliesst, 1959 an der Urne grandios gescheitert war, wurde 1971 um das Stimmrecht gebeten, ohne das Machtgefälle zwischen Frauen und Männern zu thematisieren.

Die SP-Frauen aber stellten in der Folge die Frage, was politische Macht



Tanja Bauer,  
Genderbeauftragte  
GL SP Kanton Bern

«Innerhalb der Partei für Gleichstellung zu sorgen ist und bleibt ein Muss.»

ist und wer sie für welche Zwecke ausüben darf, auch innerhalb der Partei. Die Partei liess diese Konflikte zu, ganz im Gegensatz zu den grossen bürgerlichen Formationen. Die SP, wie wir sie heute kennen, vielfältig und mit starken Frauen und Männern, wäre ohne diese jahrzehntelangen Kämpfe zwischen SP Frauen und der Partei kaum denkbar.

Innerhalb der Partei für Gleichstellung zu sorgen und unter den Gewählten nach Möglichkeit ein ausgewogenes Verhältnis von Frauen und Männern zu erreichen, ist und bleibt ein Muss. Es reicht jedoch nicht, um die Gleichstellung in der Politik und in der Gesellschaft insgesamt voranzutreiben.

Politische Teilhabe bedeutet nicht in erster Linie persönliche Macht für

einige wenige, wie sie von den Bürgerlichen oft inszeniert wird, um Klientelpolitik zu betreiben. Daher kann Gleichstellung auch keine statistische Angelegenheit sein. Mit dem Zugang zur Macht soll sichergestellt werden, dass alle Gruppen der Bevölkerung bei wichtigen Entscheidungen mitreden können und die Politik inhaltlich auf die gesamte Bevölkerung Rücksicht nimmt.

Gesundheit, Bildung, Sozialpolitik: Hier wurde und wird immer wieder gespart. Aufgrund der aktuellen Rollenteilung hat dies einen starken Einfluss auf die Lebensrealitäten der Frauen, insbesondere derjenigen aus benachteiligten Schichten. Diese Frauen haben heute kaum Zugang zur Politik und ihre Anliegen bleiben oft unsichtbar.

## FRAUENANTEIL IN AUSGEWÄHLTEN PARLAMENTEN





# «Wir leisten uns eine Werkstatt für politische Bildung»

Die Sozialdemokratische Partei Kanton Solothurn gründete vor knapp drei Jahren mit grosser Unterstützung von alt Nationalrat Andi Gross, des Gewerkschaftsbundes und Privatpersonen ein Polit- und Demokratie-Atelier, die «Bildungswerkstatt Willi Ritschard» (WRB). Nach zehn Veranstaltungen ist es an der Zeit darüber zu berichten, Bilanz zu ziehen und einige Teilnehmende mit ihren persönlichen Beurteilungen und Einschätzungen zu Wort kommen zu lassen.

Immer mehr Menschen, auch in unserem Kanton, fühlen sich von den Entwicklungen in dieser Welt im Kleinen wie im Grossen überfordert. Sie blicken nicht mehr durch und wenden sich ab. So können sie aber keine politisch wachen Bürgerinnen und Bürger mehr sein, die sich um ihr gesellschaftliches Umfeld kümmern und versuchen, dieses freier,

gerechter und demokratischer zu machen. Eines der Ziele der WRB ist, dieser Entwicklung entgegenzuwirken und die politische Bildung nachhaltig zu fördern. Unseres Erachtens ist parteiinterne Bildung etwas vom Wichtigsten für eine sozialdemokratische Partei. Denn wir müssen uns immer wieder fragen: Wo stehen wir, wie interpretieren wir die Gesellschaft heute, wohin soll es gehen, mit welchen Schritten? Sonst sind wir nicht handlungsfähig.

Neue handlungsleitende Erkenntnisse werden in der WRB mit Hilfe von Texten und intensiver Diskussion gemeinsam erarbeitet. Ein weiteres Ziel ist es – und gemäss der dreijährigen WRB-Bilanz entspricht dies einem grossen Bedürfnis – falsche zeitliche Einordnungen zu korrigieren, Ereignisse, Entwicklungen und Personen in einen historischen Kontext zu stellen, beurteilen zu ler-



Niklaus Wepfer  
Parteisekretär und zuständig  
für die Administration der  
WRB

nen und sich dazu eigene Einsichten zu verschaffen.

Um es in den Worten des Historikers Georg Hasenfratz zu fassen: «Die WRB ist nicht eine schöngeistige und theorielastige Wolkenschieberei, im Gegenteil, sie gibt ganz praktische Entscheidungshilfen für den politischen Alltag.»

In diesem Sinn freut sich die WRB auf neue, aufmerksame, neugierige und bildungshungrige Menschen; Interessierte dürfen sich gerne im Mailverteiler eintragen lassen ([niklaus.wepfer@sp-so.ch](mailto:niklaus.wepfer@sp-so.ch)) und sich auf der Homepage ([www.wrb-so.ch](http://www.wrb-so.ch)) über vergangene und bevorstehende Anlässe informieren. Die nächste Werkstatt findet am 1./9. April in Grenchen statt. Teilnehmende können vor Ort das neue Buch «Die unvollendete direkte Demokratie» von Andi Gross mit 20 Prozent Rabatt erwerben.

## WIE ERLEBE ICH DIE VERANSTALTUNGEN DER WRB?

Andi Gross anlässlich des ersten  
Werkstattanlasses in Grenchen



### NIKLAUS WEPFER, BALSTHAL

Eine Werkstatt braucht einen Chef, einen Patron oder wie man ihn auch nennen mag! Mit Andi Gross ist diese Stelle optimal besetzt: Er hat die aussergewöhnliche Gabe, komplizierte Zusammenhänge verständlich darzustellen, bis man es kapiert, ohne die Geduld zu verlieren. Und, ganz wichtig – er hat Humor!

### ERICH AMBÜHL, SOLOTHURN

Bereichernd, auf hohem Niveau anregend, in echter Auseinandersetzung herausfordernd zur Überprüfung, Vertiefung und Revision meiner politischen Ansichten und Überzeugungen. Im Licht der Positionen der Mitdenkenden klären sich eigene Ziele und der Weg, sie zu erreichen. Ich erkenne Sackgassen, neue Horizonte eröffnen sich, neue mögliche Projekte zur Verbesserung der gesellschaftlichen Situation als Sprachrohr für die Verwirklichung sozialer Freiheit sind plötzlich da. Allerdings erinnere ich mich an mein Berufsleben. Die begrenzte Zeit frass die Arbeitskraft auf. Wie die Mandatsträger und Funktionärinnen der SP lebte ich ständig in ersten Prioritäten. Ich muss den Mitgliedern der Kerngruppe nicht sagen, welche Chancen die Institutionalisierung der WRB für die SP des Kantons Solothurn beinhaltet. Sie bietet die Möglichkeit, eigene Projekte auf gemeinsam erarbeiteter Basis zu bündeln, die Schlagkraft aller zu erhöhen, sich gegenseitig besser zu unterstützen, ja sogar Teile eigener Projekte zu delegieren oder gemeinsam zu bearbeiten, was wiederum die Motivation stimu-

«So sind wir alle als Aushängeschilder unserer Partei bestens gerüstet für Erklärungen betreffend unsere Einstellung und unsere Ziele.»

liert. Angesichts der durch die WRB eröffneten Chancen haben für mich deren – relativ weniger – Veranstaltungen absolut erste Priorität. Wir müssten nach Wegen suchen, ihre Ergebnisse nicht nur unseren Parteimitgliedern, sondern auch einer weiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Wollte die Wandlung!

### JÖRG VON ARX, OLTEN

Mitdenken, warum ist das so, fragen, tolerant und solidarisch für- und miteinander, demokratische Prozesse begreifen, Freiheitspostulate formulieren, Zusammenhänge verstehen, diskutieren, zuhören, andere Ansichten kennen und verstehen lernen, soziale – wirtschaftliche – politische – psychologische Zusammenhänge in Einklang bringen, unsere Sozialdemokratie formulieren, philosophische Texte verarbeiten.

### DANIELA GERSPACHER, OENSINGEN

Als Arbeiterkind, das keine gymnasiale Bildung erhalten hat, fehlen mir oft die historischen Hintergründe um Fragen, die junge Leute an mich stellen, zu beantworten. Hier hilft die WRB mit vertieften Diskussionen und Texten zum Beispiel über Demokratie oder den Sozialismus. Dort können wir abseits des Tagesgeschäfts Utopien nachhängen, Fragen an Andi Gross stellen und mit seinem Wissen Zusammenhänge klären. So sind wir alle als Aushängeschilder unserer Partei bestens gerüstet für Erklärungen betreffend unsere Einstellung und unsere Ziele. Ich hoffe, dass unsere Kantonalpartei noch lange von der

Wichtigkeit dieser Werkstatt überzeugt sein wird und das nötige Geld zur Verfügung stellt. An der Bildung sollte nie gespart werden.

### MARKUS SCHNEIDER, SOLOTHURN

Erst seit einem knappen Jahr regelmässig dabei, möchte ich die Willi Ritschard-Bildungswerkstatt nicht mehr missen. Qualitativ hervorragendes Rohmaterial aus inspirierenden Texten, anregende und kontroverse Diskussionen unter allen Werkstättlern und mit Andi Gross ein souveräner Werkstattchef. Die WRB ist eine unverzichtbare Einrichtung für eine Partei, die sich nicht in tagespolitischem Praktizismus verlieren und nur den kurzfristigen Output vor Augen haben will, sondern ihr eigenes Tun auch immer wieder kritisch reflektieren will.

### GEORG HASENFRATZ, OLTEN

Andere haben «Denkfabriken», wir leisten uns eine Werkstatt für politische Bildung. Ich nehme mir immer wieder gerne ein paar Stunden Zeit für eine interessante und anregende Gesprächsrunde zu Fragen wie: Wie soll sich die Demokratie weiterentwickeln? Was heisst heute links? Was sind konkrete Utopien? Woran krankt Europa? Diese Veranstaltungen führen stets zu neuen Erkenntnissen (auch für die Tagespolitik), zu einer Justierung oder auch Neuausrichtung des politischen Kompasses. Nicht nur altgediente Politikinteressierte, sondern auch die so genannten Entscheidungsträger/innen könnten von dieser Werkstatt profitieren.

NEUER FINANZAUSGLEICH

# Transparenter, fairer, gerechter

**UNSER KANTON IST DEZENTRAL ORGANISIERT. NATURGEMÄSS UNTERSCHIEDEN SICH UNSERE 213 AARGAUISCHEN GEMEINDEN IN VIELERLEI HINSICHT: ES GIBT REICHE UND ARME, GROSSE UND KLEINE, LÄNDLICHE, STÄDTISCHE UND AGGLOMERATIONSGEMEINDEN. DIE EINEN LIEGEN AN DER AUTOBAHN, DIE ANDEREN HABEN PRIVILEGIERTE WOHLNLAGEN MIT SICHT AUF SEE UND ALPEN. EIN SOLCHER KANTON KANN NUR FUNKTIONIEREN, WENN KLARE SPIELREGELN FÜR EINEN FAIREN AUSGLEICH BESTEHEN. DENN AUCH HIER FÜHRT DAS FREIE SPIEL DER KRÄFTE NICHT ZU GERECHTEN LÖSUNGEN.**

Urs Hofmann von Aarau ist SP-Regierungsrat. Siehe Seite 12, Kommunalpolitische Tagung, 12. März 2016



## Aufgabenteilung und Finanzausgleich gehören zusammen

Zwei wichtige Voraussetzungen für ein gutes Zusammenspiel von Kanton und Gemeinden sind eine

- klare, sachgerechte Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden und ein
- fairer, ausgewogener und transparenter Finanzausgleich.

Beides gehört zusammen und kann wegen der unterschiedlichen Finanzierungsweise nicht losgelöst voneinander geregelt werden. In den letzten 15 Jahren wurden schon viele Aufgaben zwischen Kanton und Gemeinden neu verteilt. Pendent sind noch einige wenige Optimierungen. Künftig

- soll der Kanton den öffentlichen Verkehr finanzieren,
- sollen die Gemeinden die materielle Sozialhilfe und die Leistungen im Zusammenhang mit Prämienausständen der Krankenkassen bezahlen,
- soll die Übergangsregelung für die Spitalfinanzierung durch eine definitive Lösung abgelöst werden und
- sollen vier weitere kleine Anpassungen für mehr Klarheit sorgen.

Der Kanton übernimmt dabei mehr Lasten von den Gemeinden als umgekehrt. Mit einem Steuerfussabtausch wird die Lastenverschiebung finanziell ausgeglichen: Der Kantonssteuerfuss steigt und die kommunalen Steuerfüsse sinken um jeweils 3 Prozentpunkte.

## Heutiger Finanzausgleich: Intransparent und ungerecht

Gäbe es im Aargau keinen Finanzausgleich, würden die Gemeindesteuerfüsse in einer Bandbreite von rund 45 bis 245 Prozent liegen. Heute betragen diese 62 bis 126 Prozent. Somit wirkt der heutige Finanzausgleich zwar in die richtige Richtung, doch er ist intransparent und politisch kaum steuerbar. Die Zahlungen können von Jahr zu Jahr stark schwanken. Gemeinden, die gut wirtschaften, werden bestraft. Gemeinden mit hohen Lasten erhalten keinen Finanzausgleich, während andere ihre Steuerfüsse über Gebühr senken können. So gibt es Gemeinden, die pro Kopf der Bevölkerung rund zehnmal mehr an Finanzausgleichsbeiträgen erhalten als andere mit gleicher Ressourcenstärke. Vor allem grössere finanzschwache Gemein-

**«Der Kanton übernimmt neu mehr Lasten von den Gemeinden als umgekehrt.»**

den in den Agglomerationen mit hohen Soziallasten erhalten nur wenig oder gar keinen Finanzausgleich. Deshalb sollen neu jene Faktoren berücksichtigt werden, welche für die grössten Kostenunterschiede zwischen den Gemeinden verantwortlich sind.

## Neuer Finanzausgleich: Fair und verkräftbar für alle

Künftig werden die Zahlungen aufgrund der unterschiedlichen Steuerkraft (Ressourcenausgleich) und die Zahlungen aufgrund unterschiedlicher Lasten (Lastenausgleich) separat ausgewiesen. Dies führt zu mehr Transparenz und einer besseren Steuerbarkeit. Finanzausgleichsbeiträge erhalten:

- ressourcenschwache Gemeinden, wobei ein minimales Niveau für alle Gemeinden garantiert wird, und
- besonders belastete Gemeinden mit einem hohen Anteil an Kindern im Volksschulalter und/oder einem hohen Anteil an Sozialhilfe beziehenden Personen und/oder einem hohen Anteil an Nicht-Siedlungsfläche.

Eine Gemeinde, die ihren Haushalt trotz Finanzausgleich nur dann ausgeglichen gestalten kann, wenn sie den Steuerfuss um mehr als 25 Prozent über dem Mittelwert ansetzt, erhält neu Ergänzungsbeiträge. Finanziert werden diese Beiträge zu rund zwei Dritteln durch Abgaben der ressourcenstarken und/oder wenig belasteten Gemeinden und zu einem Drittel aus Steuerzuschlägen aller juristischen und/oder natürlichen Personen.

Der neue Finanzausgleich orientiert sich stärker an den effektiven Lasten. Gemeinden mit vergleichbarer Ausgangslage werden ähnlicher behandelt. Das hilft besonders belasteten Gemeinden, die bisher zwischen Stuhl und Bank gefallen sind. Die starken Gemeinden tragen zur Finanzierung des Ausgleichs bei, ohne dass sie übermässig belastet werden. Natürlich gibt es – wie bei jeder grundlegenden Neuordnung – Gemeinden, die gegenüber heute mehr belastet werden. Übergangsbeiträge federn die Mehrbelastungen jedoch ab. Und vor allem: Die Ergänzungsbeiträge stellen sicher, dass keine Gemeinde einen übermässig hohen Steuerfuss festlegen muss. Die neue Regelung gibt den betroffenen Gemeinden bezüglich Steuerfuss eine Sicherheit, die sie heute nicht haben. Der neue Finanzausgleich ist fair und verkräftbar für alle.



Ein Dorf mit Steuerfuss 126 Prozent: Schwaderloch

# Denkfrühling 2016

DENKNETZ-VERANSTALTUNGSREIHE



## NAHER OSTEN–EUROPA – RELIGION, GEWALT, MENSCHENRECHTE

In Syrien, im Irak und zunehmend in weiteren Ländern des Nahen und Mittleren Ostens versuchen die verschiedenen Akteure und imperialen Mächte, ihre Interessen mit kriegerischen Mitteln ohne jede Rücksicht auf die Bevölkerungen durchzusetzen. Die Kriege haben mehrere Millionen Menschen in die Flucht getrieben, die zunehmend auch in den Kernländern Europas Zuflucht suchen. Die Willkommens-Bewegung mobilisiert Hunderttausende von Menschen zur Unterstützung dieser Flüchtenden, während gleichzeitig Asylrecht und existenzielle Grundrechte in Frage gestellt werden. Die Konflikte werden zunehmend religiös und kulturell aufgeladen. Der IS trägt die Brutalität der Auseinandersetzung in die Metropolen der Welt und trifft auf ein Europa, in dem weiterhin eine harte Austeritätspolitik durchgesetzt wird, in dem die zentrifugalen Kräfte zunehmen und ein EU-Austritt von Grossbritannien in den Bereich des Möglichen gerückt ist. Das Denknetz lädt zu drei Veranstaltungen ein, die es erlauben sollen, sich kritisch mit diesen Entwicklungen auseinanderzusetzen und zu fragen, woran sich eine fortschrittliche Politik in diesen verwirrenden Krisenkonstellationen orientieren kann.

Abendveranstaltung

### Die Europäische Union in der Zerreissprobe?

Montag, 18. April 2016, 18.45–20.45 Uhr, Bern, Hotel Bern, Zeughausgasse 9

Mit Carmen Meyer, Geschäftsleiterin cfd – die feministische Friedensorganisation; Andreas Zumach, Autor, Journalist und Kenner des Völkerrechts; Pit Wuhrer, Grossbritannien-Korrespondent der WoZ; Simon Sontowski, Geograf und Grenzregimeforscher an der Universität Zürich und Mitglied kritnet

Freier Eintritt (Kollekte). Keine Anmeldung erforderlich

Abendveranstaltung

### Faszination Dschihad? Bedeutung der Religion in den aktuellen Kriegen und Konflikten

Donnerstag, 19. Mai 2016, 19.15–21.45, Zürich, Volkshaus, Helvetiaplatz

Mit Annemarie Holenstein, Fachfrau für Entwicklungszusammenarbeit; Prof. Reinhard Schulze, Universität Bern, Institut für Islamwissenschaft & Neuere Orientalische Philologie; Amir Sheikhzadegan, Universität Freiburg, Departement Sozialwissenschaften

Freier Eintritt (Kollekte). Keine Anmeldung erforderlich

Tagung

### Konfliktherde im Nahen und Mittleren Osten

Samstag, 28. Mai 2016, 10–16 Uhr, Bern, Markuskirche, Tellstrasse 35 (Bus Nr. 20 vom HB bis Haltestelle Markuskirche)

Mit Ulrich Tilgner, Journalist und Buchautor, jahrelang Korrespondent für ZDF und SF/DRS für den Nahen und Mittleren Osten;

Bilgin Ayata, Assistenzprofessorin für Soziologie, Universität Basel; Meike Nack, Projektkoordinatorin «Stiftung freie Frau in Rojava» (WJAR)

Teilnahmegebühr (inkl. Lunch und Getränke): 80.–/50.– für Denknetzmitglieder/30.– für Nicht- und Wenigverdienende

Anmeldung per E-Mail bis am 20. Mai an [tagung@denknetz.ch](mailto:tagung@denknetz.ch) unter Angabe von Name, Anzahl Personen, Postadresse

---

Abendveranstaltung

### Venezuela: Das Ende des Chavismus?

Donnerstag, 12. Mai 2016, 9.30–21.15, Bern, Hotel Kreuz, Zeughausgasse 41

Läutet die Niederlage der Regierungsparteien in den Parlamentswahlen vom Dezember 2016 das Ende des Chavismus ein?

Kann sich Venezuela von der Erdölabhängigkeit lösen? Wie ist es um die Veränderungsprozesse bestellt, die von den Misiones und den Consejos Comunales ausgegangen sind, und wie um die demokratischen Rechte?

Mit Dario Azzellini, Sozialwissenschaftler und Autor, Johannes-Kepler-Universität Linz; Walter Suter, ehem. Schweizer Botschafter in Venezuela und Wahlbeobachter 2016

Eintritt frei, Kollekte

# Ein Platz für Fahrende

**SEIT JAHREN SUCHT DER KANTON ST. GALLEN GEEIGNETE STANDORTE FÜR DIE DRINGEND NOTWENDIGEN DURCHGANGSPLÄTZE FÜR FAHRENDE. BIS HEUTE KONNTE AUFGRUND VEHEMENTEN WIDERSTANDS IN DEN GEMEINDEN JEDOCH KEIN EINZIGER PLATZ REALISIERT WERDEN. NACHDEM IM LETZTEN JAHR AUCH IN GOSSAU EIN PROJEKT VERSENKT WURDE, LANCIERTE DIE SP EINE KOMMUNALE VOLKSINITIATIVE.**

Ein Raunen ging durch das Publikum, vereinzelt waren sogar Buhrufe zu hören an der Sitzung des Stadtparlaments im September 2015. Gerade eben hatte das Parlament eine Umzonung im Industriequartier zwischen Gossau und St. Gallen mit fadenscheinigen Argumenten abgelehnt. Eine Annahme hätte die Erstellung des ersten Durchgangsplatzes für Fahrende im Kanton St. Gallen endlich möglich gemacht. Wir von der SP-Fraktion hatten uns im Vorfeld dieser Abstimmung mit aller Kraft für die Annahme eingesetzt – leider vergeblich.

## Unmut in der Bevölkerung

Der Unmut in der Gossauer Bevölkerung über diesen Parlamentsentscheid war gross. In den folgenden Tagen kamen viele Leute auf uns zu. «Wir fühlen uns vom Parlament in dieser Sache nicht vertreten. Wir wollen an der Urne über den Durchgangsplatz für Fahrende ab-

stimmen.» Dies bekamen wir immer wieder zu hören. Wir diskutierten die Lancierung einer kommunalen Volksinitiative, hatten davor aber Respekt, weil wir als kleine SP-Sektion unsere Möglichkeiten gut abschätzen mussten. Doch von vielen Seiten wurde uns Unterstützung zugesichert. So gelang es uns, in kürzester Zeit ein breit abgestütztes 31-köpfiges Initiativkomitee zu bilden, mit namhaften Persönlichkeiten aus Politik, Kultur, Kirche, Sport und Bildung. Alle Parteien, ausser der SVP, waren im Komitee vertreten.

## Überwältigendes Echo

Gegen Ende Oktober waren wir mit den Vorbereitungen so weit und konnten die Volksinitiative «Teilzonenplan Wehrstrasse (Durchgangsplatz)» anmelden. Die Initiative greift den damaligen Antrag des Stadtrates auf und verlangt eine Umzonung des Grundstückes an



Monika Gähwiler-Brändle, Vizepräsidentin SP Gossau-Arnegg, Mitglied Stadtparlament Gossau

der Wehrstrasse in Gossau in eine Intensiverholungszone, damit es als Durchgangsplatz für Fahrende genutzt werden kann. Am 6. November 2015 starteten wir mit der Unterschriftensammlung. Innerhalb von drei Monaten mussten wir 700 Unterschriften zusammenbringen. Das Echo aus der Bevölkerung war überwältigend. Bereits drei Wochen nach dem Start der Sammlung hatten wir 400 Unterschriften beisammen. Täglich landeten in unseren Briefkästen ausgefüllte Unterschriftenbogen. Intensives Sammeln an Strassenaktionen war jedoch auch nötig, der rege Zuspruch der Bevölkerung motivierte uns immer wieder sehr. Bereits Mitte Dezember, nach der Hälfte der zur Verfügung stehenden Zeit, konnten wir die Initiative mit sehr erfreulichen 1060 beglaubigten Unterschriften einreichen.

Wir hatten uns einen straffen Zeitplan gesetzt, um eine Volksabstimmung an der Urne im Juni 2016 zu ermöglichen. Mit der grossen Unterstützung der Gossauerinnen und Gossauer waren wir gut unterwegs. Am 4. Januar erklärte der Stadtrat von Gossau die Initiative Durchgangsplatz für gültig, sodass sie dem Stadtparlament zum Entscheid vorgelegt werden konnte. Das Geschäft konnte für die Parlamentssession vom 1. März traktandiert werden. Die Parlamentsmitglieder hatten damit die Gelegenheit, der Initiative zuzustimmen und eine direkte Umsetzung des Durchgangsplatzes zu ermöglichen. Sie packten diese Chance nicht und lehnten ein weiteres Mal mit grosser Mehrheit ab. Der Stadtrat wird darum jetzt die Urnenabstimmung anordnen, die voraussichtlich am 5. Juni stattfinden kann.

Für uns von der SP Gossau-Arnegg und für das Initiativkomitee heisst dies, dass wir die Bevölkerung von Gossau nochmals mobilisieren müssen, um die bisherige Unterstützung bis zum Urnengang zu erhalten und zu verbreitern.



Mitglieder der SP Gossau-Arnegg sammeln im Zentrum von Gossau Unterschriften für die Initiative «Durchgangsplatz für Fahrende»: Käti Blumer, Ruedi Blumer, Karl Bürki, Florian Kobler, Monika Gähwiler-Brändle, Paul Vuilleumier (v.l.n.r.)

# SP zwischen Kontinuität und Veränderung

**GLOBALE TRENDS WIE DIE ABNEHMENDE PARTEIBINDUNG ODER EIN VERÄNDERTES KOMMUNIKATIONS- UND INFORMATIONS-VERHALTEN BEEINFLUSSEN NICHT ZULETZT AUCH DIE ANSPRÜCHE DER MENSCHEN AN DIE PARTEIEN. DIE SP SCHWEIZ NUTZT DARUM DAS JAHR NACH DEN WAHLEN, UM ÜBER IHRE ORGANISATION NACHZUDENKEN.**

Erstaunlich, aber wahr: Die Grundstruktur der SP reicht in die 1920er-Jahre zurück. In dieser Zeit bildete sich in der Schweiz wie auch in zahlreichen anderen Ländern Europas eine neuartige Form von Partei heraus: die (Massen-)Mitgliederpartei. Das neuartige und wesentliche Merkmal dieses neuen Parteitypus war die Möglichkeit der Mitgliedschaft und damit auch die Rolle des Mitglieds. Eine zentrale Rolle bei der Anwerbung der Mitglieder übernahmen die Sektionen. Die Koordination der Mitglieder und Sektionen wiederum erforderte gewisse Organisationsanstrengungen, wodurch sich Parteiparate etablierten.

## Sektionen, das Herz der Partei

Auch wenn sich seit damals vieles verändert hat: Die Identität der SP Schweiz beruht noch heute auf den wesentlichen Elementen der Mitgliederpartei. Zahlreiche Mitglieder in zahlreichen Sektionen bestimmen den Kurs der Partei, gewährleisten unsere Kampagnenfähigkeit durch ihr Engagement und ihre Mitgliederbeiträge und sichern die Verankerung in der Gesellschaft. Die aktuell 30 124 Mitglieder der SP

Schweiz verteilen sich auf 26 Kantonalparteien, zahlreiche Orts- und Bezirksverbände sowie 819 Sektionen in der Deutsch-, West- und der Südschweiz. Jede Sektion hat weitgehende Autonomie, vor allem in Bezug auf ihre Aktivitäten in der eigenen Gemeinde oder im eigenen Quartier. Die Sektionen sind das Herz der Partei. Wo sie gut funktionieren, haben sie meist genügend Nachwuchs und Einfluss auf die Gemeindepolitik, was sich positiv auf die Sichtbarkeit der SP auswirkt und die lokale SP wiederum attraktiv für potenzielle Mitglieder macht.

## DAS PROJEKT «ZUKUNFT SP»

«Zukunft SP» ist ein Projekt, das zum Ziel hat, die internen Strukturen, Prozesse, Angebote und Finanzierungsgrundlagen mit Blick auf unsere inhaltlichen Ziele und Forderungen, aber auch die Kampagnen- und Mobilisierungsfähigkeit zu überprüfen und wo nötig zu verbessern. In der Vernehmlassungsphase vom 1. März bis zum 30. April sind die Kantonal- und Stadtparteien sowie die Organe der SP Schweiz eingeladen, zu zehn Massnahmen Stellung zu nehmen. Die Stellungnahmen bilden die Basis für die Anträge, die dem Parteitag vom 3./4. Dezember 2016 unterbreitet werden. [www.spschweiz.ch/zukunftsp](http://www.spschweiz.ch/zukunftsp)

## Entscheidend: die Mitglieder

Die Selbstdefinition als Mitgliederpartei steht heute in zunehmendem Widerspruch zur abnehmenden Parteibindung. Tendenziell entwickeln sich die Parteien auch in der Schweiz in Richtung von Elite- und Spendenparteien, in welchen wenige Personen – Gewählte, Geldgeber – den Kurs und die Geschicke der Partei und damit auch unseres Landes lenken. Dieser Typus von Partei widerspricht diametral dem Selbstverständnis der SP als demokratischer Mitgliederpartei. Rückläufige Mitgliederzahlen treffen uns deshalb nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern auch in Bezug auf das parteiinterne Demokratieverständnis und die Mobilisierungskraft.

Ein zentrales Projekt ist deshalb, die Mitgliederpartei zukunftsfähig zu machen. Auch in Zukunft sollen viele Mitglieder in vielen Sektionen die tragende Basis unserer Partei bilden und den Kurs der Partei bestimmen. Eine Mitgliederpartei funktioniert aber nur mit Mitgliedern. Der Mitgliedererwerb kommt deshalb heute und in Zukunft eine entscheidende Rolle zu.

Leyla Gül, Co-Generalsekretärin SP

## ... AUSSER MAN TUT ES!

Seit zwanzig Jahren gehen die Mitgliederzahlen der SP zurück – bis 2014: Zum ersten Mal seit 1995 zeigt die Statistik nun wieder einen Aufwärtstrend. Insgesamt sind wir 2015 um 224 Mitglieder gewachsen (+0,8%). Den mit Abstand grössten Mitgliederzuwachs verzeichnet die SP Kanton Luzern. Ihr Präsident David Roth verrät, wie Mitgliedererwerb funktioniert.

**David, die SP Kanton Luzern hat ihre Mitgliederzahl um sensationelle 17,3 Prozent steigern können. Was habt ihr gemacht?**

Wir versuchen den Menschen, mit

welchen wir in Kontakt sind, zu vermitteln, dass unsere politische Durchschlagskraft von ihrem eigenen Engagement abhängt.

**Konkret: mit den Leuten reden und sie für einen Parteieintritt anfragen?**

Ja! Mitglieder gewinnen ist eine Daueraufgabe. Wenn ich mit Bekannten oder Unbekannten über Politik rede, dann stelle ich immer irgendwann auch die Frage, ob sie oder er sich nicht auch selbst engagieren möchte. Viele, die neu eintreten, kennen wir schon lange – sei es von einem Kaffee, einem Mittagessen oder aus einer Bar.

**Was rätst du anderen Kantonalparteien und Sektionen?**

Den Mitgliedern klarzumachen, dass sie Botschafterinnen und Botschafter der Partei sind. Neumitglieder müssen wir gut betreuen und ihnen ein Engagement ermöglichen. Die Basiskampagne, die wir letztes Jahr gleich zweimal durchgeführt haben, war dafür ideal. Über hundert unserer Mitglieder telefonierten unsere Adressen, aber auch ihr persönliches Umfeld ab. Anders gesagt: Sie sprachen nicht nur mit Wählerinnen und Wählern, sondern auch mit potenziellen Mitgliedern.



Frauenrechtlerin beim Überschreiben eines Abstimmungsplakats der Frauenstimmrechtsgegner, 1969



# Mehr Hindernislauf als Spaziergang

Sozialarchiv

**VOR 45 JAHREN WURDE DAS FRAUENSTIMMRECHT EINGEFÜHRT. ENDLICH ERHIELTEN AUCH DIE FRAUEN ZUGANG ZUR POLITIK. EIN RÜCKBLICK AUF DIE SCHLÜSSELMOMENTE EINES LANGEN KAMPFS.**

1868 forderten die Zürcherinnen anlässlich der Revision der kantonalen Verfassung zum ersten Mal ein Frauenstimmrecht – vergebens. Kurz darauf gründete eine Gruppe von Arbeiterinnen den Schweizerischen Arbeiterinnenverband, der 1893 erstmals offiziell das Stimm- und Wahlrecht für Frauen forderte. Danach setzten sich weitere Vereinigungen für das Frauenstimmrecht ein, was 1909 zur Gründung des Schweizerischen Vereins für Frauenstimmrecht (SVF) führte. 1904 war die Sozialdemokratische Partei der Schweiz die erste – und einzige – Partei, die das Frauenstimmrecht in ihr Programm aufnahm.

Zwischen 1914 und 1950 wurden in den Kantonen verschiedene Anträge für das Frauenstimmrecht eingereicht. In den Kantonen Genf, Neuenburg, Basel-Stadt, Zürich, Glarus und St. Gallen kam es zu entsprechenden Abstimmungen, doch

keine ging zugunsten der Frauen aus.

## **Erste Versuche auf nationaler Ebene**

1929 lancierte der Verband für Frauenstimmrecht (SVF) mit Unterstützung anderer Frauenverbände, der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften eine Petition auf Bundesebene für das Frauenstimmrecht. Diese blieb jedoch trotz 249 237 Unterschriften (78 840 Männer und 170 937 Frauen) ohne Wirkung.

1959 unterbreitete der Bundesrat eine erste nationale Abstimmungsvorlage für das Frauenstimmrecht. Unter grosser Stimmbeteiligung wurde der Vorschlag aber landesweit mit einer Zweidrittelmehrheit abgelehnt. Nur der Kanton Waadt gewährte den Frauen auf kantonaler und kommunaler Ebene das Stimmrecht, gefolgt von Neuenburg im gleichen Jahr und Genf 1960.

Quelle und mehr Informationen zur Geschichte der Gleichstellung in der Schweiz: Eidgenössische Kommission für Frauenfragen [www.ekf.admin.ch](http://www.ekf.admin.ch)

1966 führte Basel-Stadt als erster Deutschschweizer Kanton das Frauenstimmrecht auf Kantons- und Gemeindeebene ein. Es folgten Basel-Land 1968 und das Tessin 1969.

## **Hartnäckigkeit zahlte sich aus**

Am 7. Februar 1971 konnten die Schweizerinnen nach einer bewegten Kampagne endlich ihren Sieg feiern: das Stimm- und Wahlrecht der Frauen wurde mit 65,7 Prozent angenommen. Die Mehrheit der Kantone führte das Stimm- und Wahlrecht auch auf kantonaler sowie teilweise auf kommunaler Ebene ein. Doch erst am 28. April 1991, nach einer Entscheidung des Bundesgerichts, das den Halbkanton Appenzel Innerrhoden verpflichtete, auch die Frauen abstimmen zu lassen, konnten endlich alle Schweizerinnen auf kantonaler Ebene ihr Stimmrecht wahrnehmen.

Anita Balz, Zentralsekretärin SP Frauen

## **VIEL WURDE ERREICHT – VIEL BLEIBT NOCH ZU TUN**

Heute hört man oft, die Gleichstellung sei erreicht, es sei Zeit, sich anderen Dingen zuzuwenden. Doch Frauen verdienen immer noch fast 20 Prozent weniger als Männer, in der Politik und an der Spitze von Unternehmen sind sie untervertreten und der Weg der Frauen, die Karriere und Familie verbinden wollen, ist mehr ein Hindernislauf als ein Spaziergang. Auch wenn bereits zahlreiche Fortschritte erzielt wurden, bleibt der Weg zur Gleichstellung noch lang.

Nichtsdestotrotz können wir 2016 diverse Jubiläen feiern: 7. Februar: 45 Jahre Stimm- und Wahlrecht für Frauen (1971), 14. Juni: 35 Jahre Gleichstellung in der Verfassung (1981), 14. Juni: 25 Jahre Frauenstreik (1991), 1. Juli: 20 Jahre Gleichstellungsgesetz (1996)





**LAURA GIES**  
Präsidentin  
Antenne Brüssel

Im Februar 2016 hat sich die SP-Antenne Brüssel ordentlich konstituiert. An der Gründungsversammlung wurden David Monico, Gilles Dubochet, Martin Müller, Audrey Grandjean in den Vorstand und Laura Gies zur Präsidentin gewählt. Zudem wurden die Statuten und das Arbeitsprogramm verabschiedet. Aktiv sind wir seit fast einem Jahr. Das Highlight unserer Aktivitäten war eine in Brüssel breit beachtete Wahlveranstaltung mit dem Titel «Wie kann die Schweiz europäisch bleiben?». Gäste auf dem Podium waren Tim Guldemann, Mercedes Bresso, eine Europa-Parlamentarierin, und François Baur, der Brüsseler Vertreter von Economiesuisse. In Zukunft möchten wir uns verstärkt um die AuslandschweizerInnen in Belgien, um die Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz sowie um den Austausch mit den in Brüssel ansässigen Schwesterparteien kümmern.



**CLEMENS STAUB**  
Präsident  
Antenne Berlin

Man zieht eigentlich nicht nach Berlin, um dann wieder unter SchweizerInnen zu sein. Aber es lässt sich fast nicht vermeiden – auf so viele südlich des Rheins übt Berlin eine grosse Anziehungskraft aus; ist die Stadt doch in vielerlei Hinsicht genau das Gegenteil der Schweiz. Und so treffen wir uns dann doch, nicht als schlecht integrierte AusländerInnen, sondern für den Austausch von Schweizer und von europäischen Perspektiven und um Pläne zu schmieden. Zum Beispiel, wie man unserem Mitglied Tim Guldemann zur Wahl in den Nationalrat verhelfen könnte, ein bekanntlich von Erfolg gekrönter Plan. Zugleich erweisen sich die hiesigen Debatten immer wieder als fruchtbar für die Schweiz. Auch darüber tauschen wir uns gerne mit den zahlreichen Delegationen aus der Schweiz aus: seien es Parteispitzen oder lokale Sektionen.

SP-Mitglieder, die sich vorübergehend oder dauerhaft ausserhalb der Schweiz aufhalten, sind in der internationalen Sektion der SP Schweiz (kurz: SP International) organisiert. Die SP International hat in den letzten Jahren auf allen fünf Kontinenten ein Netzwerk von bisher fünf SP-Antennen und über zwanzig SP-Anlaufstellen aufgebaut. Anlässlich der eidgenössischen Wahlen vom letzten Oktober haben diese weltweit Wahlkampf-Flyer verteilt und Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer zur Wahl mobilisiert. Der Einsatz hat sich gelohnt. Die SP ist mit einem Anteil von 22 Prozent in der «fünften Schweiz» vor der SVP (21,2 Prozent) die meistgewählte Partei und hat gegenüber 2011 um 1,5 Prozent zugelegt. Mit Tim Guldemann (Berlin) stellt die SP den ersten Auslandschweizer überhaupt im Nationalrat. Das hat die Attraktivität der SP International gesteigert: Gegenüber 2012 hat sie ihre Mitgliederzahl verdoppelt.

Die Jahresversammlung der SP International findet am 16. April 2016 am Rande der DV in La Chaux-de-Fonds statt.  
Kontakt: peter.hug@spschweiz.ch

# SP ohne Grenzen



**CHRISTIAN CORNUZ**  
Co-Präsident  
Antenne Paris/  
Frankreich

Die Pariser Antenne der Internationalen Sektion der SP Schweiz entstand dank der Initiative von Audrey Ruchet-Bach im März 2014. Sie ist die älteste aller Antennen und gab insofern das Modell für alle anderen ab. In keinem anderen Land leben so viele Auslandschweizerinnen und -schweizer wie in Frankreich, nämlich 200 000. Viele fühlen sich kaum durch die Dachorganisation der Auslandschweizervereine in Frankreich (UASF) vertreten, die sehr weit rechts steht. Die SP-Antenne führte in Paris und in Bordeaux erfolgreich grössere und kleinere Veranstaltungen mit Liliane Maury Pasquier, Carlo Sommaruga, Pierre-Alain Bolomey und anderen SP-VertreterInnen aus der Schweiz durch. Unter der neuen Ko-Präsidentschaft von Elena Akar und Christian Cornuz will sie eine SP-Antenne für ganz Frankreich werden.



**GAELLE COURTENS**  
Präsidentin  
Antenna italiana

Unserer italienischen «antenna» gehören sowohl in Italien lebende Schweizer GenossInnen an als auch gleichgesinnte DoppelbürgerInnen, die gerne einen politischen Austausch untereinander, aber auch «alpenübergreifend» pflegen. Vor zwei Jahren gegründet, steckt sie noch in den Kinderschuhen, ihres Potenzials ist sie sich aber bestens bewusst: Sei es als Anlaufstelle progressiver AuslandschweizerInnen, sei es als Vermittlerin zwischen der helvetischen und der italienischen Linken oder als Mitorganisatorin von Wahldebatten. Wir sind davon überzeugt, dass wir als im Ausland lebende SozialdemokratInnen, sei es in der Schweiz, in Italien oder generell auf europäischer Ebene, eine wichtige Rolle spielen können: für ein demokratischeres und integriertes Europa des kulturellen und sprachlichen Austausches, gegen Fremdenhass, Rechtspopulismus und Abschottung.



**ERICH BLOCH**  
Präsident  
Antenne Israel

Anlässlich des Besuchs der ausserpolitischen Kommission im letzten Mai erfreute sich unsere noch kleine SP-Schweiz-Gruppe über die klärenden und teilweise kontroversen Gespräche mit SP-Präsident Christian Levrat. Unsere politische Lage in Israel ist gewiss nicht vorteilhaft. Die Rechtsparteien gewinnen (noch) deutlich an Boden. Wir versuchen dem mit Veranstaltungen, E-Mails und anderen Kommunikationsformen entgegenzuwirken. Wir bleiben – derzeit erst recht – bei unserer sozialdemokratischen Forderung: eine friedliche Zweistaatenlösung mit sicheren Grenzen und gegenseitiger Anerkennung. Die kriegerische regionale Umgebung ist nicht ermunternd. Wir resignieren aber keineswegs. Im Gegenteil: Wir versuchen uns noch besser zu formieren. Sowohl bei den eidgenössischen Wahlen wie auch bei der Durchsetzungsinitiative haben wir unsere FreundInnen in Israel mobilisiert – mit Erfolg übrigens.



## Im Gedenken an Willy Spieler

Mit grosser Trauer habe ich vom Tod von Willy Spieler erfahren. Er ist am 25. Februar 78-jährig einem Krebsleiden erlegen. Mit ihm hat die SP einen klugen und integren Genossen verloren, der sich in unvergleichlicher Art für eine gerechtere Welt eingesetzt hat.

Kurz nach meinem Eintritt in die SP 2007 habe ich Willy kennen und schätzen gelernt. Auch nach jahrelangem Engagement als Zürcher Kantonsrat und Fraktionschef, als Präsident der SP Küsnacht und Meilen oder als Redaktor der «Neuen Wege» hat er sich weiter für die Geschicke der Partei interessiert und sich bis ins hohe Alter eingebracht. Insbesondere wir JUSOs konnten dabei stets auf ihn zählen.

Geboren und aufgewachsen in Glarus, wurde Willy streng katholisch erzogen. Mit der Institution Kirche konnte er jedoch schon früh wenig anfangen, er versuchte sie zu reformieren und wandte sich schliesslich von ihr ab. «Der Apostel Paulus hat uns die doppelte Mahnung hinterlassen, «nicht mit dem Strom» zu schwimmen (Röm. 12,2) und so in der Welt zu leben, «als gingen wir nicht in ihr auf» (1. Kor. 7,31)», umschrieb Willy in seinem Lebenslauf selber seine Überzeugung als religiöser Sozialist. Diesen Grundsätzen blieb er in seinem politischen Wirken treu. Sein grosses Wissen floss 2010 ins Lausanner Parteiprogramm ein, das er als Mitglied der Programmkommission massgeblich geprägt hat. Insbesondere seine Impulse zur Wirtschaftsdemokratie bleiben hoch aktuell.

Willy hat stets in langfristigen Zusammenhängen gedacht. In einem Mail im Oktober 2015 schrieb er: «Hat da nicht einer kürzlich «Wahnsinn» gesagt und damit vorweggenommen, was sich abspielt? [...] Inhalte werden nicht hinterfragt, nicht einmal dann, wenn sie offen verfassungsfeindlich sind. Umso wichtiger sind neue linke Kräfte, die hier Gegensteuer geben und dieses System immer wieder neu aufmischen.» Willy Spieler war bis zum Schluss ein kämpferischer Mensch mit einem unerschütterlichen Gerechtigkeitsinn. Seine jahrelange Arbeit für die Werte der Sozialdemokratie sind uns Beispiel und Ansporn zugleich: Der Einsatz für Solidarität und Humanität sollen und werden weitergehen.

Willy Spieler war ein grosser Sozialdemokrat, dem unsere Partei viel zu verdanken hat. Er wird uns schmerzlich fehlen. Mein tiefes Mitgefühl gilt den Hinterbliebenen.

*Fabian Molina, Präsident JUSO Schweiz, Vizepräsident SP Schweiz*

### DEMOKRATISCH IST, WAS HERRLIBERG BEFIEHLT

Die SVP hat an ihren Statuten gewerkelt: Mit «Parteiarbeit besser abstützen» ist die Mitteilung überschrieben, mit der die Partei letzte Woche die Medienschaffenden bedient hat. Ausführlich wird darin dargelegt, wie die Partei organisatorisch umgebaut und für künftige Abenteuer gerüstet werden soll. Auch wenn der Titel Unaufgeregtheit suggerieren will – der Inhalt ist pfefferscharf!

Richtig spannend wirds im letzten Abschnitt: Unter «Personelle Vorschläge» wird dem Parteivolk praktischerweise auch gleich mitgeteilt, wen es dann demokratisch – quasi im autonomen Nachvoll-

zug – in die Ämtli zu wählen hat. Ausgebrütet haben soll die nicht unverbindlich wirkenden Vorschläge ohne jegliche Auswahl eine Arbeitsgruppe, welcher natürlich auch der im gleichen Verfahren auf den Schild gehobene künftige Parteipräsident angehörte.

Im neuen Parteileitungsausschuss sitzen Leute, die entweder Milliarden (Blocher), einen Eishockeyclub (Frey), eine Bank (Matter), ein Gehöft (Aeschi), eine Reichskriegsfahne (Freysinger) oder zumindest einen gluschtigen Namen (Rösti) vorweisen können. Währenddessen scheint Céline Amaudruz als einzige Frau und einzige Romande für die versprochene «Ab-

STEFAN KRATTIGER

**ROT  
STICH**

stützung» zuständig zu sein. Zur erweiterten Parteileitung gehören natürlich auch Blochers Bluts- und Seelenverwandte Martullo, Köppel und Glarner.

Leid tun kann einem Judith Uebbersax, die Ex-Präsidentin des liquidierten parteiinternen Landfrauenvereins. Gemäss Medien will sie erst aus denselbigen erfahren haben, dass sie künftig nicht mehr in der Parteileitung hockt, dass sie quasi ausgeschafft und an den heimischen Herd zurückgeschickt worden ist. Es wird gemunkelt, ihre ehemaligen Kollegen hätten ihr zum Abschied eine von allen handsignierte und mit einem lachenden Sünneli bestickte Kochschürze geschenkt.

**Leistungs- und Personalbeurteilungssysteme** D1.7.1616  
26./27.4., Hotel Flora Alpina, Vitznau  
Übersicht über Beurteilungssysteme, Kriterien eines fairen Beurteilungssystems, Gestaltungsfelder für die Personalvertretung  
Referent: Peter Lüthi (Team- und Organisationsberater)

**Die Wirtschaft verstehen**  
D1.8.1611  
28./29.4., Seminarhaus Boldern, Männedorf  
Ökonomische Grundbegriffe und Zusammenhänge, bezahlte und unbezahlte Arbeit, Rezepte der Gewerkschaften für eine gerechtere Wirtschaft. ReferentInnen: Daniel Lampart (SGB), David Gallusser (SGB), Danièle Lenzin (Unia)

**Stress in Beruf und Alltag**  
D2.5.1602  
28./29.4., Fortbildungszentrum, Oberdorf SO

Standortbestimmung, Stressanalyse, Zielsetzungen, Umgang mit Belastungen. Referentin: Sybille Wölfing (Erwachsenenbildnerin)

**Ein schwieriges Gespräch steht bevor** D2.4.1607  
29.4., Restaurant Aarhof, Olten  
Selbst- und Fremdbild, Modelle und Techniken der Kommunikation, Gesprächsvorbereitung  
Referentin: Emilianella Della Torre (Movendo)

**AufbauSeminar für Mitglieder von Personalvertretungen**  
D1.7.1608  
9.–11.5., Fortbildungszentrum, Oberdorf SO  
Erfahrungsaustausch und Standortbestimmung, Erfolgsfaktoren für die PV-Arbeit, Beteiligung der Mitarbeitenden, Sitzungsgestaltung, Gesprächsführung, Handlungsmöglichkeiten für eine bessere Arbeitswelt. Referent: Peter Lüthi (Team- und Organisationsberater)

**Mitgestalten als Personalvertretung** D1.7.1617  
23./24.5., Solbadhotel, Sigriswil  
Mitgestaltungsfelder einer PV, Mitwirkungsformen, Beteiligung an Projekten und in Arbeitsgruppen, Zusammenarbeit mit Führungskräften, Stabsstellen, Projektleitenden und Gewerkschaften, Einbezug der Mitarbeitenden.  
Referent: Peter Lüthi (Team- und Organisationsberater)

Anmeldung: [www.movendo.ch](http://www.movendo.ch), [info@movendo.ch](mailto:info@movendo.ch), 031 370 00 70  
Die Kosten für mindestens eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. Wir klären die Kostenfrage ab und informieren dich. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von Fr. 230.– statt Fr. 390.– respektive Fr. 300.– statt Fr. 450.– pro Kurs-tag. Bei Simon Roth ([simon.roth@spschweiz.ch](mailto:simon.roth@spschweiz.ch)) kann finanzielle Unterstützung beantragt werden.

**2016**

**15. APRIL**  
Koordinationskonferenz  
La Chaux-de-Fonds

**16. APRIL**  
Delegiertenversammlung  
La Chaux-de-Fonds

**21. MAI**  
Konferenz der SP Europa  
Bern (s. unten)

**24. JUNI**  
Koordinationskonferenz  
Chur

**25. JUNI**  
Delegiertenversammlung  
Chur

**2. JULI**  
a.o. Mitgliederversammlung  
der SP Frauen

**kalkbreite**  
GENOSSENSCHAFT  
KALKBREITE

KALKBREITESTRASSE 2  
8003 ZÜRICH  
TEL +41 43 317 17 22  
MAIL@KALKBREITE.NET  
WWW.KALKBREITE.NET

Unser neuestes Stück Stadt:



**ZOLLHAUS**

**Vermietung Gastro und Kultur**  
Bis 2020 entstehen in unmittelbarer Nähe zum Zürcher Hauptbahnhof an der Verbindung von Lang- und Zollstrasse attraktive Lokale für Gastronomie und Kultur sowie Räume für Läden, Werkstätten, Schulung und Beratung.

Für die Gastro- und Kulturräume suchen wir innovative BetreiberInnen und mutige Konzepte, die sich mit den Zielen der Genossenschaft identifizieren und das Quartier mit ihrem Angebot bereichern:

- Restaurant mit Bar**
- Theater- und Kulturraum**
- Gleis-Café**
- Bistro am Platz**

Weitere Informationen: [www.kalkbreite.net/zollhaus/gewerbe](http://www.kalkbreite.net/zollhaus/gewerbe)  
Gestalten Sie mit uns das neueste Stück Stadt!



KONFERENZ DER SP EUROPA

**FÜR EINE GESAMTEUROPÄISCHE MIGRATIONS POLITIK**

Samstag, 21. Mai 2016, 10.30 bis 16.30, Kulturzentrum PROGR, Bern

Die Europäische Union sieht sich mit der grössten Flüchtlingskrise ihrer Geschichte konfrontiert. Niemals zuvor haben sich so viele Menschen in Not auf den Weg nach Europa gemacht.

Wir haben die moralische und rechtliche Verpflichtung, diesen Flüchtlingen Schutz zu gewähren. Die progressiven Kräfte in Europa, allen voran die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE), betrachtet es als ihre Aufgabe, diese Krise von verschiedenen Seiten her zu beleuchten und gestützt auf unsere Werte der Menschlichkeit, Solidarität, Gleichheit und gerechten Teilung der Verantwortung nach gemeinsamen Lösungen zu suchen.

Die Schweiz ist als assoziiertes Mitglied der Schengen- und Dublin-Abkommen sowie aufgrund ihrer geografischen Lage und der historischen und kulturellen Beziehungen gleichermaßen betroffen von den enormen Herausforderungen, mit denen die EU heute konfrontiert ist. Die SP hat sich deshalb entschlossen, als Gastgeberin einer grossen politischen Konferenz aufzutreten, welche die SP Europa am 21. Mai in Bern durchführt, um miteinander Perspektiven einer gesamteuropäischen Migrationspolitik auszuloten.

Es wird um Anmeldung gebeten an [pes@spschweiz.ch](mailto:pes@spschweiz.ch)

Das Gastgewerbe braucht SIE!

Oh sicher... der  
Zimmerpreis ist inklusive  
Endreinigung gerechnet...  
aber das Personal dafür ist uns  
weg-kontingentierte worden!

Das Gastgewerbe ist auf  
ausländische Mitarbeitende  
angewiesen –  
heute und morgen!  
Daher:  
Masseneinwanderungsinitiative  
flexibel umsetzen!

Mehr zum Thema: [www.gastrosuisse.ch](http://www.gastrosuisse.ch)



GASTRO SUISSE



## NUCLEAR PHASEOUT CONGRESS

Montag 21. März 2016  
Kongresshaus, Zürich

SCHWEIZERISCHE ENERGIE-STIFTUNG  
FONDATION SUISSE DE L'ENERGIE



### Wie gestalten wir den sicheren Atomausstieg?

Die Schweiz steigt aus. Trotzdem sollen die Uralt-AKW so lange wie möglich weiterlaufen. Dadurch nimmt das Risiko für die Bevölkerung zu. Nationale und internationale ExpertInnen diskutieren.

#### ReferentInnen:



**Simone Mohr**  
Ökoinstitut  
Darmstadt



**Hans Wanner**  
Direktor ENSI



**Naoto Kan**  
Premierminister Japans  
während Fukushima



**Mycle Schneider**  
Unabhängiger int.  
Energieberater



**Jürgen Trittin**  
Ehem. deutscher  
Umweltminister



**Gregory Jaczko**  
Ehem. Chef der Atom-  
aufsicht der USA



**Oda Becker**  
Physikerin



**Yves Marignac**  
Direktor WISE-Paris



**Horst-Michael Prasser**  
Professor ETH Zürich

Anmeldung und mehr Infos unter 044 275 21 21  
oder [www.energiestiftung.ch/npc2016](http://www.energiestiftung.ch/npc2016)